



Energiewende von unten?

Von Ulrike Simon | 12.3.2021

Sieben Jahre auf dem Weg zum Bioenergiedorf – von der Initiative des Ortsbeirats über die Inbetriebnahme unseres Fernwärmenetzes und der mit Biomasse gefütterten Heizzentrale bis zum Verkauf des Netzes. Die Geschichte zeigt: Ohne nationale Strukturen geht es nicht.

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: ‚Viele kleine Leute, an vielen unterschiedlichen Orten, mit vielen kleinen Schritten können das Angesicht der Erde verändern.‘ Eine grundlegende Idee hinter der Bürgerenergie: Wenn nur genügend Bürgerinnen und Bürger sich für die Energiewende engagieren, wird diese am Ende gelingen. Dazu gibt es viele kleine und große Geschichten, anschaulich dokumentiert zum Beispiel in dem Dokumentarfilm ‚[Power to Change](#)‘. Davon habe ich mich gerne inspirieren lassen.

Diese Energiewende von unten soll in den Augen vieler Menschen nicht nur eine klimafreundlich-technische, sondern auch eine demokratische Alternative zu den großen Energiekonzernen, Umweltsündern und den Kriegen ums Öl darstellen: Die Selbstorganisation in kommunalen Gemeinschaften wird als basisdemokratischer Ansatz gesehen, in dem die Bürger beginnen, ihre ökonomischen und politischen Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sich von einem bürokratischen, repressiven und mit dem *big business* verbündelten Staat zu lösen, sei dieser nun kapitalistisch oder sozialistisch geprägt. Ein dritter Weg in eine gerechtere und sozialere Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur und in Frieden mit ihren Nachbarn lebt. Auch diese Vorstellung erschien mir immer sympathisch.

In vieler Hinsicht sind diese Ansätze eine hervorragende Basis für alle, die sich praktisch für so eine Gesellschaft einsetzen möchten. Andererseits sind sie illusionär und die so Handelnden stoßen zwangsläufig an Grenzen, die sie nur schwer überwinden können, auch wenn es trotzdem viele erfolgreiche Projekte gibt.

In meinen vorherigen Artikeln habe ich gezeigt, dass die Vorstellung von privat organisierten Einzelinitiativen, die quasi unabhängig vom Staat operieren, und die dann in der Summe die erforderliche Energiewende ergeben, auf einer Fiktion basiert: Die Privatinitiativen hängen faktisch von den staatlichen Strukturen ab, in denen sie stattfinden, staatliche Strukturen müssen sich ändern, wenn die Energiewende gelingen soll.

Und was die oft geradezu romantisierte demokratische Selbstorganisation betrifft, so sind private Akteure mit den Auseinandersetzungen vor Ort häufig überfordert, weil sie dort einen gesamtgesellschaftlichen Konflikt austragen müssen, den sie nicht alleine lösen können.

Wenn's nach mir ginge ...

..., gäbe es erst einmal einen Plan. Aus dem ginge hervor, ob unsere Grundannahme stimmt, dass Fernwärmenetze grundsätzlich ein guter Lösungsansatz für die Wärmewende sind, und inwiefern das in unserer Region auch speziell für unseres gilt, das mit regional erzeugten Biomassen beheizt wird.

Den Plan gibt es, zumindest in Ansätzen. Unser Landkreis hat sich in seinem Masterplan Klimaschutz schon 2007 das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040

unabhängig von atomaren und fossilen Brennstoffen zu werden. Das Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2011 zeigt Wege auf, wie dieses Ziel im Strom und Wärmebereich erreicht werden kann.

Eines der Projekte, die in diesem Rahmen verfolgt wurden, war das Thema Heckenmanagement. Aus Gründen der Biodiversität ist es wichtig, die vorhandenen Hecken zu erhalten und vielleicht den Bestand sogar zu erweitern. Weil die Pflege nicht ganz billig ist, wäre es gut, ein Einkommen aus der Verwertung der anfallenden Biomassen zu generieren. Tatsächlich ergab die Studie, dass sich die anfallende holzige Biomasse wirtschaftlich zum Heizen aufarbeiten ließe, und noch mindestens 10 zusätzliche Bioenergiedörfer aus regionalen Beständen versorgen könnte. Aber es fehlen die Öfen, die dieses im Vergleich zu Holzhackschnitzeln minderwertige Brennmaterial verbrennen können, die Wärmenetze, die darüber versorgt würden und die Logistik, die gewährleistet, dass die vorhandenen Hecken im Rhythmus von 10-12 Jahren geschnitten werden und die anfallende Biomasse aufgearbeitet wird.

Ein guter Plan – aber wer sorgt für die Umsetzung? Der zuständige Kreis-Energiemanager ist es nicht. Der Staat versteht sich ausdrücklich nicht als Macher, sondern lediglich als Anschubser. Aber es gibt nicht genügend erfolgreiche Privatinitiativen, die für die Verwirklichung der gesetzten Ziele sorgen. Wie gesagt: Die Wärmewende ist *off-track*. Und das ist verständlich.

Unser Energieversorger, der unter anderem auch einen Unternehmenszweig ‚Verwertung von Biomassen‘ betreibt, traf die strategische Entscheidung, mit uns zusammenzuarbeiten, und einen entsprechenden Ofen zu bauen. Das Risiko für die Verwertung der Biomassen und die Wirtschaftlichkeit des Brenners musste er allein tragen. Genauso wurde unser Nahwärmenetz isoliert als eigenständiges Projekt betrachtet, wobei das Risiko diesmal komplett bei der Genossenschaft und ihrer Geldgeberin lag.

Aber eigentlich muss hier das System aus den drei Elementen Biomassenaufbereitung, Verbrennung und Wärmeabnahme aufgebaut werden; nur zusammen betrachtet ergibt sich ein volkswirtschaftlicher Sinn; und das auch nur dann, wenn sie eingebettet sind in ein regionales Netzwerk aus vielen solchen Elementen und in eine nationale Strategie für die Wärmewende, in der auch die vorhandenen und benötigten Ressourcen berücksichtigt sind, ob es sich nun um *Know-how*, Arbeitskräftepotential oder Tiefbaukapazitäten handelt.

In einem solchen Szenario werden dann nicht nur durch für in ganz Deutschland gleiche Förderrichtlinien Anreize geschaffen, damit sich Einzelprojekte betriebswirtschaftlich lohnen. Es bedarf vielmehr einer starken Flexibilität in der Finanzierung und langfristigen Denkens, um – konzertiert – die gesamte Infrastruktur aufzubauen. Das bedeutet, dass unter Umständen auch Projekte, die sich nach streng betriebswirtschaftlichen Kriterien zunächst nicht rechnen, finanziell so ausgestattet werden, dass sie umsetzbar sind und ihre Rolle im Gesamtsystem übernehmen können.

Für ein Bioenergiedorf hieße das, dass der Bau eines Fernwärmenetzes niedrigschwellig mit einer ‚unwirtschaftlichen‘ Zahl von Anschlussnehmern begonnen werden könnte, und dass beim Bau schon für jedes Haus ein Anschluss bis an die jeweilige Grundstücksgrenze vorgesehen würde. Im Gegenzug müssten Anreize dafür geschaffen werden, dass sich diese potenziellen Anschlussnehmer nach und nach auch wirklich an das Netz anschließen lassen bzw. die verhindern, dass Alternativen zum Fernwärmenetz wesentlich attraktiver erscheinen. In erster Linie bedarf es dazu einer entsprechenden Preispolitik, die zur starken Verteuerung fossiler im Vergleich zu erneuerbaren Energiequellen führt.

Dazu müsste der Bund die Regionen finanziell sehr viel besser ausstatten, auch wenn das mehr ‚Staatsschulden‘ erfordert. Im Fall der Fernwärme wären aber mittelfristig nicht nur Gewinne in Form einer Reduzierung des CO₂- Ausschusses zu erwarten, sondern auch unmittelbar Geldwerte. Denn je mehr Teilnehmer sich die hohen Investitionskosten teilen, desto schneller rechnet sich ja das Netz betriebswirtschaftlich. Irgendwann können Kredite getilgt, Steuern gezahlt oder neue Projekte finanziert werden.

Warum finanzielle Ausstattung der Regionen durch den Bund? Weil Banken solche langfristigen Geschäfte nicht finanzieren, das benötigte Geld also nur national geschöpft werden könnte (wenn wir es denn angesichts der Euro-Realität dürften), es jedoch viele unterschiedliche regionale Lösungen geben muss, je nach den konkreten Gegebenheiten.

Ohne starke regionale Behörden, die sich um diese Konzepte kümmern, geht es nicht. Denn anders als unser Energiemanager müssen sie gleichzeitig über ausreichend personelle und finanzielle Mittel und Kompetenzen verfügen, um deren Koordination und Umsetzung aktiv voranzubringen.

Wer letztlich das Fernwärmenetz baut, betreibt und die Öfen heizt, eine Genossenschaft, eine Kommune, ein Energieversorger oder ein sonstiger Investor – wer also das umsetzt, was uns als Ehrenamtliche an den Rand unserer Kräfte gebracht hat –, ist zweitrangig, solange es für alle Beteiligten Planungssicherheit gibt. Wichtig ist, dass jeder Bürger weiß, dass hier nicht ein obskures Unternehmen mit undurchsichtigen Motiven am Werk ist, sondern im gesellschaftlichen Auftrag gehandelt wird und letztendlich alle profitieren.

Wie vermeidet man, dass das alles über die Köpfe der Bürger hinweg geschieht? Um die enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wird niemand bei der Umsetzung herumkommen. Es muss erklärt, begründet und diskutiert werden. Man muss die konkreten Anliegen der Menschen vor Ort berücksichtigen und vielleicht für Interessenausgleich sorgen – ob es sich nun um einen sozial verträglichen und fairen Wärmepreis oder den Trassenverlauf durch den liebevoll gepflegten Garten handelt.

Muss es dafür ständig zeitaufwändige basisdemokratische Versammlungen und nervenbelastende Diskussionen und Abstimmungen geben? Eigentlich wünsche ich mir einen Staat, der liefert, der die Dinge nicht zerredet, sondern tut: koordiniert, professionell, schnell und effizient. Und der dabei trotzdem meine Interessen berücksichtigt: Ein Staat, der im Interesse der Mehrheit seiner Bürger die Dinge ‚gebacken kriegt‘, muss also denkbar sein und gedacht werden.

Lokales Handeln braucht nationale Strukturen

Ich habe in den vergangenen Jahren mit vielen Menschen gesprochen, Unternehmern, Beratern, Mitarbeitern von Energieversorgern, Technikern, Bioenergiegenossen, Behördenmitarbeitern.

Das Bild ist stets das gleiche. Überall gibt es äußerst engagierte Menschen, die sich beruflich oder ehrenamtlich für die Klimawende engagieren. Oft erfolgreich. Diesen Erfolgen stehen leider unzählige Misserfolge und Enttäuschungen gegenüber, die am Ende nicht nur in der Klimabilanz negativ zu Buche schlagen, sondern auch im Verschleiß von Ressourcen und *Man-Power*.

Mal sind es politische Entscheidungen, die mal schnell 200.000 Arbeitsplätze im Solarbereich vernichten, oder den Ausbau der Windenergie zum Stillstand bringen; mal sind es kommunale Gremien oder Behörden, die einem Projekt die Unterstützung versagen; mal sind es Bürger, die ein lokalpolitisch gewolltes oder von einer Privatinitiative initiiertes Projekt verhindern; mal möchten die

Verwaltungen aktiv etwas umsetzen, finden aber keine Akteure, die dazu in der Lage sind; mal sind es Gerichte, mal EU Bestimmungen, die hinderlich für die Umsetzung von Projekten sind.

Wie weit könnte wir heute schon sein, wenn es für diese gescheiterten Initiativen koordinierte Unterstützung gegeben hätte?

Die Energiewende ist kein abstraktes Konzept, sondern konkretes, lokales Handeln, das die Entscheidungen jedes Menschen, jedes Haus, jede Bewegung von A nach B betrifft. Deswegen ist die lokale Organisation dieses Prozesses unabdingbar, was aber nur eingebettet in übergeordnete nationale Strukturen funktionieren kann: ordnungs- und sozialpolitisch, finanziell und konzeptionell.

Für mich sind Bioenergiedörfer wie einzelne, wunderschöne Pflänzchen: Sie waren wichtig und werden es auch bleiben: in ihrer Funktion als lokale Wärmelieferanten sowieso; aber auch als Pionier für Alternativen, als Ideengeber und leuchtende Inspiration für andere: ‚Lasst 100 Blumen blühen.‘

Machen wir uns aber nichts vor: ebenso wie Bio-Produkte und *Fair Trade* das Gesamtproblem von Welternährung, landwirtschaftlicher Massenproduktion und Ausbeutung der Produzenten und der Erde nicht wirklich lösen können, werden auch die Bioenergiedörfer Inseln des Klimaschutzes bleiben, mit Wärmekunden, die, was die Exklusivität und manchmal leider auch den Preis betrifft, ihre Wärme quasi aus dem Bioladen beziehen.